

Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

1. September 1920

1. September 20

Die deutsche Zeitung im
Oberamtsbezirk. — Wa-
gen sind dabei von
bestem Erfolg.

Wir sind heute wieder
ausgesprochen, das
Kriegsministerium in
den Verhandlungen mit
den Engländern über
die Rückgabe der
Kriegsgefangenen
und die Rückgabe der
Kriegsgefangenen
und die Rückgabe der
Kriegsgefangenen

Telegraphen-Verkehr
Gefellschafter Nagold
Postfachkonto
Stuttgart 5112

1920.
annten
forchter
och
lurger
nupp
1920
Befann-
wägerin
r
schwoerer
nen der
Seeger,
Seeger,
voager:
Juni

Nr. 141

Montag den 21. Juni 1920

94. Jahrgang

Anlauf einer neuen Produktionssteigerung.

W. W. Vor einigen Tagen wurde aus dem westfälischen Kohlengebiet Lügden-Ortsamt gemeldet, daß die Vertreter der dortigen Bergleute sich grundsätzlich für die Achtstundenschicht ausgesprochen haben und diese Forderungen vor ihren Arbeitskollegen vertreten wollen. Erklärt sich die Bergarbeiterschaft in ihrer Gesamtheit bereit, diese zur Rettung unleser Volkswirtschaft unentbehrliche Mehrarbeit zu leisten, so wird damit dem übrigen Volke eine ernste moralische Verpflichtung auferlegt. Es ist selbstverständlich, daß durch die Mehrarbeit der Bergleute nicht die Profitrate der Kohlenbetriebe erhöht werden dürfen. Unsere Verpflichtung, die an den Verband zu leistenden Kohlen zum deutschen Inlandspreise zu berechnen, zwingt uns ja, die Kohlenpreise in Deutschland auf einer gewissen Höhe zu halten. Selbst bei dem gegenüber Februar dieses Jahres auf mehr als das Doppelte gestiegenen Kursstand des deutschen Geldes liegt der deutsche Kohlenpreis noch erheblich unter dem Welt-Kohlenpreis. Eine Senkung des deutschen Kohlenpreises würde also ein freiwilliges lauterndes Milliardenangebot an das Ausland bedeuten. Die bei Einführung der Achtstundenschicht im Bergbau zu erwartende Mehrförderung muß in erster Linie öffentlichen oder für die Gesamtheit besonders wichtigen Betrieben zugute kommen. Selbstverständlich müssen die Ernährung- und andere Lebensbedingungen der Bergarbeiterschaft so gehoben werden, daß die Mehrarbeit keinen Aufbau an Menschenkraft darstellt.

Mit der Einführung der Achtstundenschicht im Bergbau wäre der achtstündige Normalarbeitszeit tatsächlich außer Kraft gesetzt; denn der Achtstundearbeiter im Kohlenbergbau entspricht mindestens ein durchschnittlicher Bergarbeiter in den anderen Wirtschaftszweigen. Selbst wenn man der Meinung ist, daß der Achtstundearbeiter für Deutschland ein zu früh verwirklichtes Ideal ist, wird man Sorge tragen müssen, daß eine neue Generation von Bergleuten herangebildet wird, die später einmal eine allgemeine Verbesserung der Arbeitszeit in den Gruben ermöglicht. Mit den Vorbereitungen zu einer Erhöhung der Belegschaft kann nicht früh genug begonnen werden. Der preussische Landwirtschaftsminister Braun hat verfügt, daß noch im Jahre 1920 aus den Waldbeständen Preußens vierhunderttausend Festmeter Grubenholz für den deutschen Bergbau bereitgestellt werden. Alle solche Maßnahmen — so einleuchtend sie sein mögen — tranken daran, daß ihre Durchführbarkeit nicht allein von inländischen Faktoren abhängt. Seiner Zeit hat eine Verbandskommission die Wälder des Harz bereits, um festzustellen, wie viel Grubenholz die Verbändler aus deutschen Waldbeständen herauslösen könnten. Solange unsere wirtschaftlichen Rechte u. Pflichten gegenüber dem Verbands nicht ins Reine gebracht sind, besteht die Gefahr, daß für deutsche Zwecke angelammelte Vorräte von den Verbändlern mit Beschlag belegt werden.

Die Kohlennot pflegt im Sommer im Brixental weniger empfunden zu werden als im Winter. Der Grund ist natürlich der fast völlig ruhende Bedarf an Hausbrandholz. Das darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß für den kommenden Winter wieder ernste Versorgungs Schwierigkeiten zu erwarten sind. Die Kohlenförderung Obersteiermarks belief sich im Monat Mai auf 2,24 Millionen Tonnen gegenüber 2,15 Millionen Tonnen im Durchschnitt des Jahres 1919. Im Jahre 1918 wurden in Obersteiermark durchschnittlich 3,3 Millionen Tonnen gefördert. Die dortige Erzeugung steht also noch auf recht tiefer Stufe. Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet ist jetzt wieder ziemlich normal. Von den Kohlenfeldern aber, die rheinwärts geschleppt werden, gehen viele über Strazburg nach Frankreich. Die Befragung des Rheinlandes durch die Franzosen hat die Kohlenversorgung in Süddeutschland stark in Mitleidenschaft gezogen. Die sich ständig verstärkende Produktionskrise läßt die Not zur Zeit nicht so sehr in die Erscheinung treten. In eine Aufsummlung für den Winter konnte indessen nicht gedacht werden.

Auch im Ausland dauert der Kohlenmangel fast unermüdet an. England ist allerdings zur Aushebung der Kohlenrationierung bereit, wird aber wohl kaum die weitgehenden Wünsche seiner europäischen Verbändler erfüllen können. Keinesfalls können wir darauf rechnen, daß aus der Verbänd die frische Erfüllung der im Versailler Vertrag vorgelebten Kohlenlieferungen erlassen wird. Die Steigerung der Kohlenproduktion ist also für Deutschland noch wie vor innen- und außenwirtschaftlich eine Lebensfrage.

Die Revolution des Orients.

Der „Bild. Jg.“ entnehmen wir folgende interessante Ausführungen:

Die deutschen Parteivirren werden in London durchaus nicht mit unwilligem Stirnrunzeln verfolgt. Im Gegenteil, man freut sich darüber mit derselben Begeisterung wie über die italienische Kabinettskrise. Denn durch diese Störungen wird für England Zeit gewonnen. Lloyd George läßt es gerne, wenn die Konferenz von Spa noch weiter hinausgeschoben würde, und er stellt nur unwillig zur Konferenz mit Millesand nach Vaulogne-Jurmet. In den englischen Regierungskreisen hat man

jetzt ganz andere Sorgen, als Versailles, Finne und die deutsche Kriegsschädigung. Die Orientfrage ist vielmehr so brennend geworden, wie in keinem Stadium des Krieges oder der Vorkriegszeit. Die Verhandlungen mit dem Somjraganten Krasin wären ebenfalls schon längst abgebrochen, wenn dieser kluge Russe es nicht verstände, die Engländer durch geschickte Entschleierung der perfischen und indischen Lage und gelegentlich auch durch Drohungen mit der Bolschewisierung des Orients an den Konferenztisch zu fesseln.

Tatsache ist, daß die Handelskriege des Orients in hellen Flammen stehen und daß der Weg nach Bagdad gefährdet ist. In Mosul am Tigris sind schwere Kämpfe ausgebrochen. Mosul ist die nördlichste Stadt des englischen Mesopotamiens, die letzte Versorgungsstation für die Reise nach Bagdad und der Zufluchtsort für die englischen Truppen, die sich vor den einbrechenden Bolschewisten aus Persien zurückziehen wollen. Auf dem Tigris werden bereits englische Schiffe gepöhlert, und es sieht so aus, als werde der ganze englische „Schiff“ in dem neuen mohamedanischen Sturm aufammenzürhen. Natürlich mehren sich auch die Geheimberichte aus Indien, daß dort eine große Revolution geplant sei und daß sich daran führende Kräfte beteiligen, die sich bisher als vollständig England-treu bewährt hatten. Zu diesen Schreckensnachrichten kommt die schlimme Lage der Dinge in Konstantinopel. Die nationalistischen Truppen Mustafa Kemals haben sich nicht nur Kleinasien, sondern auch der Küste des Marmarameeres bemächtigt und werden von den britischen Schiffskanonen nur stellenweise in Schach gehalten. Die Macht der Alliierten beschränkt sich, wie auch die des Sultans, auf Konstantinopel und einen kleinen Umkreis, der etwa von Smid-Burja-Panderna-Adria-nopel begrenzt wird. Der Rest der Türkei, ihr Hauptteil, steht völlig unter der Macht der Nationalisten, die den Sultan nur als Kalifen anerkennen. Das Wichtigste ist, daß enge Beziehungen die Nationalisten mit den Arabern, mit Emir Faisal verbinden. Wichtig ist auch zweifellos eine enge Verbindung mit Rußland, Persien und Arabien besteht. Das Machtgebiet Mustafa Kemal Paschas ist größer, als man gewöhnlich annimmt; Cilicien, Libanonien, Konia, Adolia, Dordelir, Arabistan, Wan, Erzerum, Trapezunt, kurz ganz Anatolien, und die Mittel, die den Nationalisten zur Verfügung stehen, dürfen nicht unterschätzt werden. Abgesehen von dem Menschenmaterial, das Mustafa Kemal Pascha reichlich besitzt, wurden bereits im Jahre 1915-16 ungeheure Mengen von Kriegsmaterial in das Innere des Landes geschafft, als die Gefahr, daß die Engländer auf Gallipoli durchstoßen würden, immer näher heranrückte. Das für die Alliierten tragisch-Gefährlichste ist der Umstand, daß zwischen Rußland und Mustafa Kemal Pascha enge Beziehungen herrschen. Mustafa Kemal Pascha lehnt jede Verbindung mit den Entente-Mächten ab und beharrt fest auf seinen weitgehenden Forderungen.

Und merkwürdig, ein großer Teil dieser Forderungen wird jetzt auch von der türkischen Regierung in Konstantinopel vertreten. Am 11. Juni ist der Großvezir nach Paris gereist, um gegen eine Reihe von Punkten des türkischen Friedensvertrages aufs schärfste zu protestieren. In Paris ist man bereits bereit in Unruhe versetzt, daß eine Kommission ausgesandt wird, um die Lage in Syrien, Cilicien und Konstantinopel zu untersuchen. Man glaubt offenbar den beruhigenden Meldungen der Londoner Presse nicht mehr. Diese hilft sich mit allerlei schönen Teleogrammen: Vor dem Kriegsministerium in Konstantinopel seien vier Offiziere Mustafa Kemals geschickt worden. Mustafa Kemal und der Großvezir seien Freunde. Das Gegenteil letzterer Meldung ist wahr. Die beiden Männer verstehen sich neuerdings sehr gut und das bereitet den Politikern in Downing Street schlaflose Nächte.

Was ist noch Spaa und die Versailler Frage, wenn England seine im Weltkrieg mühsam erkämpfte Festlandbrücke nach Indien erschüttert sieht? Wenn es in Deutschland noch Diplomaten vom Fach und Blick gibt, so müssen sie die Stunde nähern. England ist in größter Sorge um seinen Orient und läßt in mittel-europäischen Dingen gerne mit sich reden.

Der Generalstreik in der Pfalz.

Ludwigshafen, 19. Juni. In einer gestern an den Pfalz-Kaisern angeschlagenen Bekanntmachung weist der französische Kommandeur nochmals darauf hin, daß die von der französischen Militärbehörde vorgenommenen Verhaftungen keinen politischen Charakter trügen. Das eingeleitete Verfahren richte sich gegen Spionagetätigkeit und eine Organisation für den Aufstand gegen die Besatzungstruppen, wofür das Militärrecht Beweise in Händen habe. Dieses gerichtliche Verfahren werde sich ordnungsgemäß abwickeln. Vorläufig hätten gewisse Personen die außerordentliche Duldung bei der Erstellung von Genehmigungen zu öffentlichen Versammlungen mißbraucht, indem sie sich zu öffentlichen Angriffen gegen die französischen Behörden und ihre Vertreter hinstreuten ließen. Derartige Vorkommnisse würden unterdrückt und die Schuldigen vor das Militärgericht gestellt werden. In den Straßen würden selbstverständlich keinerlei An-tun gebildet werden.

Mannheim, 19. Juni. In einem Aufruf an die Bevölkerung der Pfalz erklärt der Aktionsausschuß der pfälzischen Arbeiter und Angestellten, daß von gestern mittag 12 Uhr bis Samstag nacht 12 Uhr die Arbeit ruhe. Der Generalstreik hat den Zweck, nicht nur die Augen Deutschlands, sondern von ganz Europa auf die unerträglichen Verhältnisse zu lenken, die durch die feindliche Besetzung deutschen Gebiets, namentlich der Pfalz, hervorgerufen seien. In der Nähe der Badischen Amlin- und Sodafabrik waren viele Maschinengewerbe aufgestellt. Kavalleriepatrouillen durchziehen Ludwigshafen.

Französischer Irrsinn.

Paris, 19. Juni. In der Kammer erklärte bei Beratung des Kriegsbudgets der Abgeordnete Oberst Labry in Bezug auf Deutschland, daß die deutsche Militärpartei durch die Niederlage ihren Einfluß verloren habe, daß das deutsche Volk den Krieg nicht mehr wolle und daß auch Deutschland bezüglich seines Materials nicht mehr in der Lage sei, anzukämpfen, solange die Alliierten die Brückenköpfe am Rhein besetzt hielten. In diesem Augenblick rief der Abgeordnete Bernadotte: „Solche verbindliche Reden sind niederwerfend!“ Als der Abgeordnete Labry erklärte, er glaube an den guten Willen des deutschen Volkes, rief der Abg. Dauber, er erkenne die Wahrheit. — Der Kriegsminister erklärte, daß er nicht zum Optimismus neige wie der Abg. Labry. In Deutschland gebe es eine Anzahl Leute, die sich nicht unterwerfen wollten. Es gebe Fabriken, die noch immer für den Krieg arbeiteten, sogar neue Fabriken, die Kriegsmaterial herstellten. Er habe als Kriegsminister nicht das Recht, optimistisch zu sein. Deutschland mache nicht den Eindruck eines besiegten Landes. Der Kriegsminister wies auf die großen Schwierigkeiten hin, denen die Kontrollkommission (ansprachlich) begegne, und auf den schlechten Willen Deutschlands hinsichtlich der Vernichtung des Kriegsmaterials. Frankreich müsse so gerüstet sein, daß der Mann, der ihm gegenüberstehe, wisse, daß wenn Frankreich etwas von Deutschland verlange, es sich auch in der Lage sehe, es durchzusetzen. Unter dieser Bedingung könne man den Friedensvertrag zu einer Realität machen. Eine Minute der Schwäche zeige, hieße später Jahre hindurch blutige Tränen weinen.

Die Verhaftung von Holtum.

Berlin, 19. Juni. Von ausländischer Seite wird mitgeteilt: Es sind wegen der Verhaftung des Herrn v. Holtum im polnischen Korridor Proteste an die polnische Regierung nach Warschau, sowie an die Interalliierte Kommission nach Varenvorber gerichtet worden. Die Interalliierte Kommission hat bereits die erforderlichen Schritte wegen der Freilassung des Herrn v. Holtum bei der polnischen Behörde eingeleitet.

Die Krise in Oesterreich.

Wien, 19. Juni. Bei der gestrigen Besprechung der Parteiführer beim Präsidenten Seiz über die Neubildung der Regierung schlugen die Christlich-Sozialen die Bildung eines Kabinetts aus neutralen Fachmännern vor, das von allen Parteien unterstützt werde, oder evtl. eines parlamentarischen Konzentrationskabinetts, lehnten aber die Betrauung des demissionierten Koalitionskabinetts mit der Fortführung der Geschäfte bis zur Durchführung der Neuwahlen ab. Die Großdeutschen stimmten der Bildung eines neutralen Kabinetts zu, wenn alle drei Parteien sich zur Unterstützung verpflichteten. Die Sozialdemokraten erklärten, sie könnten ein bürgerliches Kabinett, auch wenn es aus sog. Fachmännern zusammengesetzt sei, weder wählen noch unterstützen. Die Verweigerung an einem Konzentrationskabinett sei für die Sozialdemokraten ausgeschlossen. Die Sozialdemokraten würden im äußersten Fall, wenn infolge der Weigerung der bürgerlichen Parteien die Regierung ja übernehmen, eine Regierung überhaupt nicht zustande kommen lassen, zulassen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des gegenwärtigen Kabinetts bis zu den Wahlen die Geschäfte weiterführen u. zwar unter der Voraussetzung, daß bestimmte Bedingungen bezüglich der Wählerstimme, des Wahlrechts und der Vermögensabgabe erfüllt würden. Die Verhandlungen wurden dann behufs Berichterstattung an die Parteien unterbrochen.

Genehmigung des amerikanischen Darlehens an Deutschland.

Berlin, 19. Juni. Nach einer Meldung aus New-York hat die amerikanische Regierung den Abschluß einer Anleihe in der Höhe von 14 Millionen Dollar, das sind 650 Millionen Mark, an Deutschland genehmigt.

Der Schulstreik in Herne.

Gerne i. Westfalen, 19. Juni. Von 8000 Kindern der hiesigen katholischen Volksschule befinden sich seit dem 1. Juni 7500 im Streik. Der Herner Zentralleiternschaft verlangt die anderweitige Verwendung von 4 Lehrern, die nicht mehr auf dem Boden der kath. Weltanschauung stehen.

Berlin, 19. Juni. Nach einer Meldung des B.L.A. aus Bochum haben die katholischen Herzerorganisationen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die mit dem Herner Schulstreik sympathisieren, wie die Herner Zeitung erfährt, beschlossen, ebenfalls in den Streik einzutreten.

Die Warburger Zeitfreiwilligen freigesprochen.

Warburg, 19. Juni. Im Prozeß gegen die Warburger Zeitfreiwilligen kamen heute der Anklagevertreter und die



Bereitete zu Wort. Der Anklagevertreter beantragte gegen die Angeklagten Engelbrecht, Kraus und Jahn je 2 Jahre Gefängnis. Das Urteil lautet: sämtliche Angeklagte werden freigesprochen.

Vorläufig keine Erhöhung der Eisenbahn-Personentaxe.
Berlin, 19. Juni. Die „Augsburger Abendzeitung“ erzählt aus dem Reichsverkehrsministerium, Zweigstelle Bayern, daß vorerst nicht die Absicht besteht, die Personentaxe zu erhöhen. Die Beratung über die Gesamtentaxe ist noch nicht abgeschlossen. Voraussichtlich werden aber die Gütertaxe noch weiter und zwar vorläufig um 30–50 Prozent erhöht werden müssen.

Der „geheime Rat“ in Berlin.

Berlin, 19. Juni. Durch die Auslandspresse „Morning Post“ vom 2. Juni, unannehme auch „Intransigent“ und „Straßburger Neueste Nachrichten“, geht folgende Nachricht: Die deutsche Regierung wird unumgänglich die Genauigkeit der nachfolgenden Informationen leugnen können. Vor einigen Wochen fand in Berlin ein geheimer Rat statt. Einige Minister wohnten dieser Beratung bei. Im Verlauf dieser Beratung wurde die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Polen andererseits erwoogen. Gegen Frankreich könnte Deutschland 700 000 Mann ins Feld stellen, gegen Polen 200 000. — Nach Rücksprache mit gutunterrichteter Seite wäre hierzu das folgende zu sagen: Wie Dr. Gieseler schon am 5. Juni in einem Interview dem Minister Stumpe, selberem Korrespondenten der „Times“, erklärte, ist die vorstehende Nachricht von Anfang bis zu Ende in das Reich der Fabel zu verweisen. Insbesondere hat kein Minister einer Besprechung beigewohnt, in der auch nur indirekt oder bedingt solche Erörterungen gepflogen wurden.

Der Boykott gegen Ungarn.

Wien, 19. Juni. Der anscheinend unabwehrbare Boykott gegen Ungarn ruft in der Bevölkerung Wiens wegen der drohenden Rückwirkung auf Österreich große Erregung hervor, die sich in den Äußerungen der Presse widerspiegelt. Besonders die christlich-sozialen Blätter geben ihren Befürchtungen in den schärfsten Formen Ausdruck. Sie melden, daß der Gewerkschaftsbund der nichtsozialdemokratischen Volk-Telegraphen u. Fernsprechanstalten beschlossene habe, den vom internationalen sozialistischen Gewerkschaftsbund beschlossenen Boykott gegen Ungarn nicht anzuerkennen.

Budapest, 20. Juni. Der Standpunkt der ungarischen Regierung zum Boykott gegen Ungarn ist, wie das ungar. Post-Bureau erklärt, der, daß Ungarn gegen alle Staaten, welche die Blockade tatsächlich durchführen, dieselben Repressalien ergreifen wird, die von den betreffenden Staaten gegen Ungarn durchgeführt werden sollten.

Wien, 21. Juni. Die Korrespondenz „Herzog“ meldet, daß seit Mitternacht der Boykott auf den Bahnen (mit Ausnahme des Personenverkehrs) und des Post- und Telephonverkehrs in Kraft ist. Wie verlautet wurden die Telephonleitungen an der Grenze unbrauchbar gemacht. Eine einzige Leitung dient dem innerurbanen Telephonverkehr noch. Der ungarische Gesandte, in Wien befehligt in Budapest die Boykottfrage.

Württembergische Politik.

Insammentritt des Landtags.

Stuttgart, 18. Juni. Der Präsident des bisherigen Landtags beruft den neugewählten Landtag für kommenden Dienstag nachmittags 3 Uhr ein, um den Vorstand des Landtags und den Staatspräsidenten zu wählen.

Bürgerpartei und Bauernbund zur Lage.

Stuttgart, 19. Juni. Die Fraktion der Bürgerpartei und des Bauernbundes wählte die Abg. Bagille, Ströbel, Schott, Baumgärtner und Körner in den Vorstand der Fraktion. Fraktionsvorsitzender wurde der Abgeordnete Bagille. Zur politischen Lage wurde eine Entschließung angenommen, die u. a. besagt: Die Fraktion erklärt sich von neuem bereit, auf der Grundlage der Reichs- und Landesverfassung an der Bildung einer Regierung auch mit der Sozialdemokratie mitzuwirken, sofern die darüber einzuleitenden Besprechungen die Möglichkeit einer fruchtbaren Arbeit für das Volk eröffnen. Sollte die Sozialdemokratie die Mitwirkung in der Regierung ablehnen, so hält die Fraktion die Bildung einer bürgerlichen Regierung für das Gebot der Stunde und die Verfolgung der Mitwirkung in einer solchen Regierung für eine schwere Schädigung des Volkswohls, weshalb die Fraktion auch zur Mitwirkung in einer rein bürgerlichen Regierung bereit ist. Da die alte Koalition in Württemberg noch eine Mehrheit erhalten hat, so ist es zunächst die Pflicht der in ihr vereinigten Parteien, sich zu erklären, ob sie an der bisherigen Koalition festhalten will, oder ob sie geneigt sind, in Verhandlungen über die Bildung einer alle erhaltenden und aufbauenden Kräfte umschließenden Regierung einzutreten.

Aus Stadt und Bezirk.

Magold, den 21. Juni 1920.

* Auf Grund der im Mai und Juni d. J. in Stuttgart abgehaltenen Prüfung sind u. a. nachstehende Lehrer und Lehrerinnen zur Verleihung ständiger Lehrstellen an evang. Volksschulen und Erziehungshäusern für befähigt erklärt worden: Graf, Max, von Freudenstadt; Metz, Wilhelm, von Herrenald O. A. Reutenburg; Müller, Otto, von Bendorf O. A. Detrenberg; Schittenhelm, Karl, von Magold; Schürle, Gustav, von Martinsmoos O. A. Calw; Weizinger, Richard, von Reunod O. A. Freudenstadt; Dreiß, Eise, von Widdberg.

* **Ausgabe von Kleingeld.** Die Stadt Magold gibt durch die hiesige Gemeindebank ca. 10 000 Stück Ein- und Zweipfennigstücke städtischer Prägung aus, um dem immer fühlbarer werdenden Mangel an Kleingeld abzuheben. Wie verlautet, sollen in nächster Zeit auch neue Fünfpfennigstücke in Kurs gesetzt werden.

* **Bewirtschaftung der Baustoffe.** Durch eine Verfügung des Arbeitsministeriums wird die öffentliche Bewirtschaftung für alle Arten von Kalk und Gips sofort aufgehoben.

* **Häutnerleistungen.** Bei der gutbefunden Häute- und Fellverarbeitung in Frankfurt a. M. wurde für Groß-

viehhäute 1. Klasse (7.15–12.05 M) ein Ausschlag von etwa 10% erzielt, während Großviehhäute 2. Klasse (mit 6.00–9.80 M) um eine Kleinigkeit zurückgingen. In Darmstadt, Mainz und Hanau wurden ähnliche Preise wie in Frankfurt erzielt. Die Häuteauktion in Saarbrücken verlief sehr flau. Großviehhäute kamen auf 6–8 M pro Pfund, Kalbfelle wurden zurückgezogen. In Hamm i. W. kosteten Großviehhäute bis zu 30 Pfund etwa 7.25 M über 30 Pfund 8.65 M Stierhäute 7.30 M, Kalbfelle bis zu 14 M pro Pfund.

* **Die Milchpreiserhöhung.** Wir geben mit allem Vorbehalt die Meldung des Heilbronner „Redar-Echo“ wieder, wonach die Preisüberhöhung der Milch und Butter nicht vom Gesamtministerium beschlossen, sondern vom Ernährungsminister Graf eigenmächtig verordnet worden ist.

* **Das tägliche Brot.** Unser Brot wird von Tag zu Tag schlechter. Auch während der Kriegszeit mußte sich das Brot manderlei Beimengungen gefallen lassen, gekochte Kartoffeln wurden dazu getan, Kartoffelmehl, Sonnenblumenfamenmehl und mer weiß was sonst noch alles. Was wir jetzt aber als Brot essen müssen, geht über das hinaus, was Brot Menschen eigentlich zugehört werden kann. Was das Kriegsbrot — so wird das Gemischel noch genannt — ist und nicht über einen Straußenmagen verfliegt, muß krank werden. Alles Brot verurteilt bei den meisten Menschen starken Widerwillen, während Brot doch sonst ein Nahrungsmittel ist, das jedermann ohne Abscheu verzehren kann. Anderer Speisen wird man wohl leid, des Brotes aber wird sonst niemand überdrüssig. Aber das Brot, das uns jetzt verabreicht wird, ist geradezu naturwidrig. Kein Wunder! Es besteht nur aus einem Viertel aus reinem Mehl; drei Viertel sind Beimengungen aus Weizenkleinmehl und aus Mehl von anderen Hülsenfrüchten! Die Regierung sollte einmal bekannt geben, aus welchen Stoffen das Brot heute hergestellt wird. Die Säure der Gärung würden durch das Land gehen. Die Verdauungsfähigkeit ist allerdings groß, da jedermann täglich die Unbedachtsamkeit und Schädlichkeit des ohnehin fürchterlich teuren Brotes an eigenen Leide verspürt.

* **Unschickliche Erhöhung der Brotpreise.** In der Bevölkerung sind Gerüchte über eine neue Mehl- und Brotpreiserhöhung im Umlauf. Auch Angstfälle in Brot sind schon vorgekommen. Bei den amtlichen Stellen Württembergs ist, lt. Staatsanzeiger, von einer bevorstehenden Mehlpreiserhöhung lediglich nichts bekannt. Wie der Mehlpreis im nächsten Herbst sich gestaltet, hängt von der endgültigen Festsetzung der Preise des Getreides neuer Ernte und von den nötigen Zufuhren von Auslandsgetreide ab.

* **Sommeranfang.** Am 22. Juni 6 Uhr morgens tritt die Sonne in das Zeichen des Krebses und erreicht auf ihrer nördlichen Wanderung den Ort, da sie die größte Entfernung vom Äquator hat. Ihr Ausgangs- und Untergangspunkt befindet sich am weitesten gegen Nordosten bzw. Nordwesten gerückt, ihr Tagbogen ist der größte des ganzen Jahres; wir haben den längsten Tag und die längste Nacht. Für unseren Horizont geht die Sonne um 5 Uhr 19 Minuten auf und um 9 Uhr 30 unter. Der lichte Tag hat, von der Dämmerung abgesehen, eine Dauer von 16 Stunden 11 Minuten. Wir sehen jetzt die Sonne in ihrem höchsten Stand. Wenn sie 1 Uhr 26 Minuten durch unsere Mittagslinie geht, steht sie fast 65 Grad hoch. Ganz allmählich steigt sie von ihrem Gipfel herab, am Ende des Monats ist bereits eine Tagesabnahme von 4 Minuten zu verzeichnen. Der Tag des höchsten Sonnenstandes ist nicht, wie man vermuten könnte, der Mittelpunkt des meteorologischen Sommers, denn die größte Jahreswärme stellt sich für unsere Gegend erst etwa nach Mitte Juli ein.

* **Altenfest, 21. Juni (Kriegergedächtnisfeier.)** Nachdem der letzte Kriegsgefangene in seine Heimat zurückgeführt, fand gestern die Gedächtnisfeier bei glänzender Witterung statt. Früh 7 Uhr war Tagewacht durch die neu zusammengestellte Musikkapelle. Der Festzug bewegte sich um 2 Uhr durch die Straßen der Stadt, die in den alten Reichsstarben geschmückt war, zum Festplatz unter den Eichen. Herr Stadtschultheiß Welker hielt dort die Begrüßungsansprache und Herr Rektor Fester die Festrede. Der Wiedertransport, der gemischte Chor u. die städtische Musikkapelle boten abwechslungsreiche Gesangs- und Musikvorträge und so veranlaßte die genutzten Stunden nur zu schnell. Die Wärme und das Rodeln des auf dem Schloßberg zu errichtenden Kriegergedächtnisdenkmals konnten von nachmittags 4 Uhr ab in der Turnhalle angesehen werden, auch erhielt dort jeder Kriegsteilnehmer die städtische Ehrenmedaille von 40 M. Um 7 Uhr erfolgte der Rückmarsch zum unteren Schulhaus, wo nach kurzer Ansprache durch H. Stadtschultheiß Welker die Festteilnehmer „Deutschland, Deutschland über alles“ sangen. Von 8 Uhr ab war gefellige Unterhaltung mit musikalischen, gesanglichen und Gedichtvorträgen im „Grünen Baum“. Auf den Verlauf der Fester kann die Stadt stolz sein; jedem Teilnehmer wird der Tag in schönster Erinnerung bleiben.

* **Widdberg, 18. Juni.** Als Schreiner Kleut mit seinen Leuten vorgestern Abend von Heuen nach Hause kam, machte er die unliebsame Entdeckung, daß ungedeckte Käste bei ihm zu Gast waren. Hochkundige Streiber haben die Schränke erbrochen und eine goldene Taschenuhr, Hals- und Uhrenketten und 2 goldene Ringe mitgenommen. Damit aber nicht zufrieden, ließen die Diebe auch die Mäntel von Kriegsanleihen im Wert von ca. 6 000 M und Bargeld von ca. 7–8 000 M mitlaufen. Am hellen Tag wurde der Diebstahl ausgeführt, denn bei der jetzigen Schaffenszeit ist niemand zu Haus und tags zuvor wurde der Hausschlüssel entwendet. Wenn man auch versteht, daß ein Geschäftsmann Bargeld haben muß, so sollte dieser Vorfall aber doch mahnen, sein Geld der Bank zu überweisen. Im Zeitalter des bargeldlosen Verkehrs gehören solche Summen Geldes nicht ins Haus. Bis jetzt hat man von den Dieben noch keine Spur, es sei denn, daß ein am Latort zurückgelassenes Schildlein ohne Namen die verfolgenden Landjäger auf die richtige Fährte bringt. Möchte es gelingen, diese Diebesgesellschaft zu erwischen, denn in der heutigen Nacht wurde bei Telegraphenarbeiter Haller eingebrochen. Nun ist in kurzer Zeit der dritte Einbruch und ist die Aufregung darüber natürlich ziemlich groß.

* **Widdberg. (Jüher Tod.)** „Nach tritt der Tod den Menschen an“, so heißt es bei dem Unglücksfall, der am Sonntag Abend die Gemüter hier erregte. Wilhelm Carle, der zur Zeit auf Urlaub von den Daimler Werken ist, wurde auf dem Heimweg zu seiner Wohnung vor einem den Berg

herabrollenden 27 Pfund schweren Steins an den Kopf getroffen, daß er sofort tot war. Er ging die Hochstraße hinab zum Haus seines Bruders, der Klempner, und besangene bei der Wegablenkung ob dem Eingang des Tunnels dem Vordränger. Beide hörten etwas den Berg herabrollen glauben aber, es wäre im Tunnel ein Stein herabgefallen. Ehe sie recht in Klaren waren, lag Carle schon mit eingeschlagener Hinterhäute am Boden, während der Vordränger mit dem Schreden davon kam. Die sofort angestellte Untersuchung ergab, daß der Stein von der Böschungsmauer der neuen Straße nach Offingen herausgerollt worden ist, dann über die Straße kam und weiter rollte, über die Seilerbahn weg, den Berg hinab.

Aus dem übrigen Württemberg.

Freudenstadt, 19. Juni. Vom Montag, 21. Juni verkehrt der Lokalaus Dornstetten (ab 4.26) bis Freudenstadt Hauptbahnhof schon ab Schopfloch werktags regelmäßig wie folgt: Schopfloch ab 6.33 vorm., Dornstetten ab 6.41 vorm., Dornstetten ab 6.42 vorm., Grünsal ab 6.47 vorm., Freudenstadt-S. an 6.54 vorm.

* **Stuttgart, 18. Juni.** Durch eine Verfügung des Arbeitsministeriums über Brennholz wird das Landesbrennstoffamt ermächtigt, für die Genehmigung der Befreiung von Brennholz durch Abtempelung der Frachtbrieve oder Kennzeichnung Gebühren bis zum Betrag von 3 M für jeden genehmigten Eisenbahnwagen zu erheben.

* **Stuttgart, 19. Juni.** Neuerdings sind Bestrebungen im Gange, die auf die Bildung von bewaffneten, außerhalb der Einwohnerehren stehenden Abteilungen abzielen. Die Bildung dieser ist nicht zugelassen und, nach einem Erlass des Ministers des Innern, strafbar. Die Oberämter wurden beauftragt, diesen Bestrebungen entgegenzutreten.

* **Heilbronn, 18. Juni.** Am Donnerstag Abend kam ein Bataillon Reichswehr mit einer Maschinengewehrabteilung, aus dem Ruhegebiet kommend, hier an. Der Einzug erfolgte mit klingendem Spiel und ohne Zwischenfall. Die Truppen sind badische Reichswehr und dürfen wegen der Räumung der 50 Km. Zone nicht mehr in ihre Heimatgarnison Karlsruhe zurückkehren.

* **Heilbronn, 19. Juni.** Eine Abordnung der Wirtschaftskommission war dieser Tage bei der Landesverordnungsstelle in Stuttgart wegen der hohen Kirchengeldpreise vorstellig. Es wurde dort erklärt, daß es nicht beabsichtigt sei, Höchst- oder Höchstpreise für Kirchen wieder einzuführen. Man wolle den Handel frei lassen, um ihm Gelegenheit zu geben, die Märkte zu verlagern. Die Ausfuhr aus Württemberg sei gesperrt. Das Brennholz werde jedenfalls durchgeführt. Ein Spannung zwischen den Groß- und Kleinhandelspreisen von 20–30 % sei durchaus angehten. Die Landesverordnungsstelle wolle zunächst die Weiterentwicklung der Preise abwarten. Sie glaube, daß die Preise nun selbst sinken werden. — Die hiesigen Händler wünschen einen für das ganze Land geltenden Höchstpreis für den Kleinvorkauf von 1.30–1.50 M je noch Ware.

* **Blaubeuren, 19. Juni.** Seit gestern gilt der alte Milchpreis bis auf weiteres wieder. Es schweben zuerst Verhandlungen, von denen man erwartet, daß sie zu einem alle Beteiligten befriedigenden Ergebnis führen. Gütliches Blaubeuren!

Zur Jinsfuß-Politik der württembergischen Sparkassen.

Es muß immer wieder betont werden, daß es, von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus betrachtet, eine Notwendigkeit sein wird, den Jinsfuß für Sparkasseneinlagen mit der Geldmarktslage und mit der gesamten gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung in Einklang zu bringen. Damit befinden wir uns in einem gewissen Gegensatz zu der Auffassung des Württ. Sparkassentagungsverbandes, der uns zu dieser Frage wie folgt schreibt:

„Anschließend an die Stellungnahme der Verbandsversammlung vom 4. Mai ds. J. hat der Verbandsvorstand schon am 5. Juni auf die Tagesordnung der in diesem Monat noch stattfindenden Vorstandssitzung den Antrag gestellt, im Hinblick auf die eingetretene weitere Steigerung der Personal-, Porto- und Druckkosten den Verbandsparzellen die Herabsetzung des Jinsfußes zunächst für die Guthaben der Girokonten vom 1. Juli 1920 an von 3% auf 2½% zu empfehlen.“

Ueber die Neuregelung des derzeit noch 4% betragenden Einlagenjinsfußes vom 1. Januar 1921 an — wie die Verbandsversammlung es ausdrücklich gewünscht hat — wird ebenfalls rechtzeitig, spätestens im September d. J. die Entscheidung getroffen werden.

Der Sparkassenverband hat allen Grund, eine so tief einschneidende Maßnahme erst dann zu treffen, wenn alle Mittel und Wege erschöpft sind, die drohende Herabsetzung des Jinsfußes hinauszuhalten, und wird, unbeeinträchtigt durch gegenteilige Stimmen, den Weg gehen, der ihm durch die überwiegende Mehrheit der Verbandsparzellen vorgezeichnet ist. Wir würdigen diese Gründe vollkommen und können die in Aussicht genommene Herabsetzung des Jinsfußes für Giroguthaben nur begrüßen. Die Tatsache aber — die übrigens in der obigen Aufschrift auch nicht in Abrede gestellt wird — daß die Bilanz der meisten Sparkassen einer Vereinfachung und einer inneren Kräftigung bedürfen, die unaufschiebbare Notwendigkeit, starke Abstrichungen und entsprechende Rücklagen zu machen, die dünkt uns so zwingend zu sein, daß wir gegenüber alle anderen Gründe zurückgestellt werden müssen. Möge darum die Entscheidung der kommenden Tagung im September — vorher kann natürlich in der Sache nichts Entscheidendes geschehen — in diesem Sinne ausfallen — zum Wohle unseres engen Heimatlandes.

Briefkasten.

Nach Schietingen, betr.: Anfrage wegen Mietvertrags.
1. Die Höhe des zu zahlenden Mietzins richtet sich nach den im Mietvertrag getroffenen Vereinbarungen. Der Vermieter kann den vereinbarten Mietzins nicht einseitig erhöhen. Falls der Vermieter um eine Erhöhung des Mietzins zu erreichen, eine Kündigung vornehmen sollte, so können Sie, wenn ihre Gemeinde eine Gemeinde mit Wohnungsmangel ist und eine andere Wohnung für Sie sich nicht findet, das Mietverhältnis anrufen. Letzteres kann die Unwirksamkeit der Kündigung ausprechen und zugleich die Fortsetzung des gekündigten Mietverhältnisses bestimmen. Die Mietzins-erhöhung, welche in solchen Fällen vom Mietverhältnisamt

